

# Zeitschrift für kritische Theorie

herausgegeben  
von  
Gerhard Schweppenhäuser

Heft 5/1997

zu Klampen

Zeitschrift für kritische Theorie

Herausgeber: Gerhard Schweppenhäuser

Redaktion: Sven Kramer (Hamburg), Claudia Rademacher (Münster), Gerhard Schweppenhäuser (Weimar), Christoph Türcke (Leipzig)

Redaktionsbüro: Tatjana Kirchner  
Alle Zusendungen redaktioneller Art bitte an das Redaktionsbüro:  
zu Klampen Verlag, Postfach 19 63, 21309 Lüneburg  
Tel.: 04131/73 30 30, Fax: 04131/73 30 33

© 1997 zu Klampen Verlag, Lüneburg

Anzeigen: Tatjana Kirchner, zu Klampen Verlag

Die *Zeitschrift für kritische Theorie* erscheint zweimal jährlich.

Preis des Einzelheftes: 24,- DM.

Bezugspreis Inland jährlich: 42,- DM (inkl. Porto).

Bezugspreis Ausland: bitte erfragen.

Berechnung jährlich bei Auslieferung des ersten Heftes.

Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die Kündigung nicht bis zum 15.11. des jeweiligen Jahres erfolgt.

Umschlagentwurf: Johannes Nawrath

Druck: Difo-Druck, Bamberg

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Zeitschrift für kritische Theorie.** -

Lüneburg : zu Klampen.

Erscheint jährl. zweimal. – Aufnahme nach 1995, H. 1

ISSN 0945-7313

ISBN 3-924245-62-2

# Inhalt

## ABHANDLUNGEN

Arbeitsprogramm des Instituts für Sozialforschung	5
Christoph Menke Kritische Theorie und tragische Erkenntnis	43
Burkhardt Lindner Derrida. Benjamin. Holocaust. Zur politischen Problematik der »Kritik der Gewalt«	65

## EINLASSUNGEN

Willem van Reijen Zerreißprobe: die Postmoderne in der Moderne	101
Rodrigo Duarte Zur Rezeption kritischer Theorie in Brasilien: Der Fall Merquior	117

## BESPRECHUNG

Oskar Negt: Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht (Kurt Lenk)	129
--	-----



## ABHANDLUNGEN

### Arbeitsprogramm des Instituts für Sozialforschung

*Seit Beginn dieses Jahres bestimmt ein vom Stiftungsrat des Instituts für Sozialforschung gewähltes Kollegium, dem Helmut Dubiel, Adalbert Evers, Ludwig von Friedeburg, Ute Gerhard, Axel Honneth und Wilhelm Schumm angehören, das Forschungsprogramm des Instituts. Dieses Kollegium legt hiermit ein erstes Arbeitsprogramm vor.\**

Viele Sozialwissenschaftler räumen heute dem dritten Viertel des 20. Jahrhunderts einen besonderen Rang ein. Bei allen ideologischen und theoretischen Unterschieden haben Begriffe wie »die erste Welt«, »das fordistische Zeitalter« oder »die Zeit des sozialdemokratischen Konsensus« durchaus eine erstaunliche Gemeinsamkeit. Sie alle implizieren nämlich, daß es in jenen 25 Jahren auf historisch einzigartige Weise gelungen sei, drei konkurrierende Zielgrößen liberal-demokratischer Marktgesellschaften in ein politisches Gleichgewicht zu bringen. Gelingen sei seinerzeit die Balancierung (1) der Imperative einer kapitalistischen Reichtumsproduktion, (2) der Erfordernisse einer auf den Arbeitsmarkt zentrierten Form der sozialen Integration sowie (3) der Rechtsgarantien und Teilhabechancen einer liberalen Demokratie. Die unkritischen Varianten solcher Diagnosen vergessen freilich gern, daß diese Balance nur um den Preis einer Externalisierung ökologischer Probleme erkaufte war sowie einer Auslagerung sozialer Not auf die Peripherie der industrialisierten Welt. Unterschlagen wird weiterhin, daß in diese Balanceunterstellung ein asymmetrisches Geschlechterverhältnis eingebaut war, welches alle Ansprüche auf gesellschaftliche Demokratie Lügen strafte. Aber unabhängig von der historischen Realitätstüchtigkeit solcher Diagnosen, bleibt dieses Vierteljahrhundert doch interessant als eine Zeit, in der der Dreiklang von Wirtschaftswachstum, sozia-

\* Die *Zeitschrift für kritische Theorie* dokumentiert im folgenden dieses Arbeitsprogramm und will darüber eine Debatte eröffnen. Die Auseinandersetzung beginnt im nächsten Heft. (Die Redaktion)

ler Sicherheit und politischer Demokratie sich als normativer Erwartungshorizont etablierte. Vor dem Hintergrund dieses in der sogenannten Nachkriegszeit entstandenen Erwartungshorizonts profilieren sich in aller Schärfe die Probleme unserer gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung, in welcher die relativ konfliktarme Austarierung dieser konkurrierenden Zielgrößen von kapitalistischer Akkumulation, sozialer Integration und demokratischer Legitimation nicht mehr gelingen will.

In unseren Gesellschaften zeichnet sich eine Neuformierung politischer Lager ab, deren Logik determiniert scheint von der nicht mehr balancierten, sondern einsinnigen Unterordnung der Erfordernisse sozialer Kohäsion und demokratischer Legitimation unter den Absolutismus einer kapitalistischen Weltökonomie. Das Bewußtsein vieler politischer und wissenschaftlicher Eliten ist bestimmt von einem neoliberalen Weltbild, welches Probleme sozialer Integration und demokratischer Legitimation nur noch in Begriffen von Kosten-Nutzen-Kalkülen und utilitären Präferenzen erfaßt.

Wer sich den Prämissen dieses Weltbildes unterwirft, sieht sich angesichts der Zwänge eines globalen Kapitalismus mit »perversen Alternativen« (Dahrendorf) konfrontiert. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den wachsenden Weltmärkten zu erhalten, glauben sich viele Regierungen der einzelnen Staaten dem Dilemma konfrontiert, Maßnahmen treffen zu müssen, die auf die Zerstörung entweder des Netzwerks soziokultureller Integration oder des erreichten Niveaus rechtsstaatlicher Sicherungen und demokratischer Beteiligungschancen hinauslaufen.

Im politischen wie im sozialwissenschaftlichen Diskurs ist die Stimme derer schwach geworden, die den Eigensinn sozialer Strukturen und die normativen Versprechen moderner Demokratie verteidigen wollen gegen die warenförmige Zurichtung der Weltgesellschaft. Angesichts einer kapitalistischen Modernisierung, die nicht nur die fossilen Ressourcen der Natur aufzehrt, sondern auch die moralischen Bestände, aus denen sich Solidaritäten und kollektive Identitäten speisten, angesichts einer Parteiendemokratie, die noch auf dem Niveau des Nationalstaates operiert, und angesichts einer demokratischen Öffentlichkeit, die selbst immer mehr dem Regime des Marktes unterworfen wird, schwanken gerade viele Anhänger der kritischen Tradition zwischen Resignation und einem dogmatischen

Beharren auf alt gewordenen Wahrheiten. Die Frage, wie eine nicht nur Marktimperativen unterworfenen, sondern »reflexive« Modernisierung unserer Gesellschaften aussehen könnte, die Vision eines transnationalen Bürgerstatus und einer Demokratie jenseits des Nationalstaates sowie die Perspektiven einer Wirtschaftsverfassung und eines politischen Systems, welches demokratische Motive und soziale Solidaritäten regenerieren könnte, sind gegenwärtig erregende Herausforderungen für eine sozialwissenschaftliche Intelligenz, die gegenüber der neoliberalen Modernitätsgebäude nicht nur in einem strukturkonservativen Abwehrreflex verharren möchte.

In seiner 1937 geschriebenen Programmschrift »Traditionelle und kritische Theorie« hat Max Horkheimer – bezugnehmend auf Marxens Konzept der »Kritik der politischen Ökonomie« – die zwei kategorialen Dimensionen entwickelt, in denen die Theorie der Gesellschaft gebildet werden muß, wenn sie mehr sein will als eine bloße Bekräftigung dessen, was ohnehin geschieht. Diese kategorialen Dimensionen werden greifbar in den beiden Bedeutungsaspekten des Begriffs der »Kritik«. »Kritik« ist für Horkheimer sowohl eine aus der Beobachterperspektive vorgenommene, nüchterne, »kalte« Bestandsaufnahme von *Strukturen*, die, weil sie ihrer eigenen Natur nach dem Handeln der Menschen verschlossen sind, als Herrschaftsstrukturen verstanden werden müssen. »Kritik« ist für den Horkheimer von 1937 aber auch zugleich bezogen auf die emanzipatorische Anstrengung einer gesellschaftlichen Gruppe, der, indem sie sich der herrschaftlichen Restriktionen ihres Handelns reflexiv inne wird, zugleich die Chance zuwächst, sich zu befreien. Daß für Horkheimer sich seinerzeit diese beiden Dimensionen von Gesellschaftskritik problemlos zusammenfügten, war nicht nur der subjektphilosophischen Tradition des Hegelmarxismus geschuldet, sondern beruhte zusätzlich noch auf zeitdiagnostischen Annahmen. So war der frühe Horkheimer von der Überzeugung bestimmt, daß in den institutionellen und kulturellen Formen der bürgerlichen Gesellschaft noch Vernunftpotentiale angelegt waren, auf die sich die Gesellschaftskritik immanent beziehen konnte. In der ein Jahrzehnt später erschienenen »Dialektik der Aufklärung« von Horkheimer und Adorno ist diese Hoffnung aufgegeben worden. *Dialektik der Aufklärung* bedeutet jetzt, daß die ursprünglich emanzipatorischen Potentiale der Moderne im Laufe ihrer Verwirklichung sich gegen sich selbst gewendet

haben. Die kapitalistische Befreiung aus feudalen Fesseln führt zu einer monströsen, alle Glieder der Gesellschaft ergreifenden Tausch-rationalität. Die Befreiung der Kultur aus klerikaler Bevormundung hatte die Durchsetzung einer verdummenden Massenkultur zur Folge, ähnlich wie die Durchsetzung einer formalen Massendemokratie die Verhaftung der Menschen an den Status quo nur noch verstärkte. In dieser Fortentwicklung der Kritischen Theorie in der »Dialektik der Aufklärung« hat sich die herrschaftstheoretische Perspektive der Kritik gegenüber der emanzipationstheoretischen nachhaltig durchgesetzt, ohne daß die normative Verpflichtung der Theorie auf Emanzipation aufgegeben worden wäre. Diese normative Verpflichtung blieb freilich theoretisch eigentümlich unbestimmt. Sie war oft nur noch ein romantisch-utopischer Appendix, mit Anklängen an eine letztlich messianische Erlösungserwartung.

Die Fortsetzung der Tradition kritischer Gesellschaftstheorie durch Jürgen Habermas und die daran anschließenden demokratietheoretischen Aneignungsversuche des kritischen Erbes orientieren sich – wenn auch auf dem analytischen und realhistorischen Problemniveau der Gegenwart – an dem *immanenten* Kritikideal der frühen Kritischen Theorie. Zeitdiagnostisch geht sie von der Voraussetzung aus, daß die weitergegangene Dialektik der Aufklärung am Ende des 20. Jahrhunderts nicht zu einer einsinnigen Zerstörung aller emanzipatorischen Potentiale geführt hat, sondern zu einer komplexen historischen Physiognomie, in der sich Kräfte der Barbarei und monströser zivilisatorischer Gefährdungen auf oft ambivalente und paradoxe Weise überlagern mit Chancen und Potentialen demokratischer Emanzipation. In dem Arbeitsprogramm, das sich das Institut für das nächste Jahrzehnt gibt, stellen wir uns die Aufgabe der empirischen Bestandsaufnahme und theoretischen Dechiffrierung dieser Paradoxien und Ambivalenzen.

Ein besonderer Stellenwert kommt in diesem Zusammenhang der feministischen Theorie zu. Feministische Theorie steht in der Tradition der kritischen Gesellschaftstheorie, weil sie sich gleichermaßen an der Kritik von Herrschaftsstrukturen wie an der Erschließung von Autonomiespielräumen orientiert. Die feministische Gesellschaftsanalyse hat in den Disziplinen der Politik, der Ökonomie, der Psychoanalyse, der Soziologie und Jurisprudenz überkommene Kategorien – wie etwa die der Öffentlichkeit, der Arbeit, des Subjekts,

des Verhältnisses von Natur und Kultur – in Frage gestellt und neue Konzepte von Gleichheit und Emanzipation entwickelt. Feministische Arbeiten haben in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich gemacht, daß die Phänomene sozialer Ungleichheit und des sozialen Wandels in modernen Gesellschaften nicht ohne die Berücksichtigung des Geschlechterverhältnisses zureichend analysiert werden können. Feministische Forschungsperspektiven sind deshalb integraler Bestandteil einer gegenwärtigen kritischen Gesellschaftstheorie.

### *1. Demokratische Kultur*

Das westliche Modell der liberal-demokratischen Gesellschaften bietet dem Betrachter ein widersprüchliches Bild. Triumph und Krise dieses Modells fallen offenbar zusammen. Gerade im Augenblick seines historischen Sieges über die autoritären Systeme in Lateinamerika und Osteuropa offenbart es symptomatische Schwächen. Vielfach wird der Eindruck formuliert, daß in den mannigfaltigen Zeichen von Individualisierung und Pluralisierung die soziokulturellen Voraussetzungen dieses Modells schwinden. Ein anderes Indiz für die Krise liberal-demokratischer Gesellschaften sind die Wiederkehr nationalistischer Ideologien und ethnozentrischer Einstellungen sowie Symptome verstärkter rassistischer und sexistischer Gewalt. Umstritten ist, ob dies nur die Geburtswehen einer multikulturellen Gesellschaft sind oder die Regression auf historisch frühere vordemokratische Verhaltensmuster. Mit dem zum Schlagwort degenerierten Begriff der »Globalisierung« wird diskutiert, daß sich in der Folge der Internationalisierung von Warenströmen, Kriegs- und Elendswanderungen, Schadstoffen und Informationen die klassische Dreiebenenkongruenz von Nation, Staat und Demokratie auflöst. Von einer eigentümlichen Entgrenzung des Politischen sind die liberalen Demokratien auch in einem sehr grundsätzlichen Sinne betroffen. Die liberale Selbstinterpretation unseres Gesellschaftstypus beruht auf der dogmatischen Annahme einer quasi naturhaften Grenzlinie zwischen dem Politischen und dem Unpolitischen, dem Öffentlichen und dem Privaten. Nun haben besonders die feministische Forschung und die politische Praxis der neueren Frauenbewegung demonstriert, daß dieser nur scheinbar natürliche Verlauf der Grenze zwischen dem

Politischen und dem Unpolitischen tatsächlich selbst die Resultante sozialer Kämpfe ist.

Wir wollen diese vielfältigen Symptome einer Veränderung des Politischen am Ende des 20. Jahrhunderts mit zwei theoretischen Konzepten analysieren, dem des *Kampfes um Anerkennung* und dem der *zivilen Gesellschaft*. Obwohl der Erklärungsanspruch beider Konzepte sich zum Teil überlappt, setzen sie doch auf verschiedenen Ebenen an. Beide sind zwar handlungstheoretisch orientiert. Das »Anerkennungsparadigma« orientiert sich in seiner Begriffsebene aber eher an der Mikroebene des sozialen Handelns, während die Erklärungskonzepte der »zivilen Gesellschaft« eher makrosoziologisch argumentieren. Unterschiedlich ist auch ihr epistemologischer Status. Während das Konzept des *Kampfes um Anerkennung* schon auf eine wissenschaftsinterne Dogmengeschichte verweisen kann, verdankt sich die Karriere des Begriffs der *zivilen Gesellschaft* gerade einer eigentümlichen Zwischenstellung zwischen akademischen und politischen Diskursen. In der Form, in der sie am Institut vertreten werden, verbindet beide Ansätze eine *konflikttheoretische* Dimension. Dabei geht es um die grundbegriffliche Unterscheidung von »Anerkennungskonflikten« versus »Verteilungskonflikten«.

### *Krisen der Anerkennung*

Im Modell des Kampfes um Anerkennung soll von einem gesellschaftstheoretischen Ansatz ausgegangen werden, der Dynamik und Krise der soziokulturellen Entwicklung in der Gegenwart aus Konflikten erklärt, die sich mit den alltäglichen Kämpfen der Subjekte um die soziale Anerkennung ihrer Identitätsansprüche ergeben. Der Vorteil eines solchen Ansatzes liegt darin, daß der Grundbegriff der Anerkennung sowohl einen normativen Bezug auf rechtfertigungsbedürftige Ansprüche als auch einen empirischen Bezug auf soziale Konfliktbereitschaft enthält. Das Forschungsprogramm muß, wenn es den Zusammenhang von soziokultureller Entwicklung, demokratischer Kultur und Anerkennungskrisen untersucht, die soziokulturellen Voraussetzungen einer demokratischen Kultur unter anerkennungstheoretischen Gesichtspunkten klären; zweitens müssen empirisch die Tendenzen einer Desintegration etablierter Anerken-

nungsverhältnisse untersucht werden; schließlich müssen drittens neue Formen von Konflikten und Kämpfen um die Rückgewinnung sozialer Anerkennung in verschiedenen sozialen Milieus in den Blick genommen werden.

Es herrscht heute in der Demokratieforschung weitgehend Einigkeit darüber, daß zu den wesentlichen Voraussetzungen einer vitalen demokratischen Kultur auch bestimmte Formen der praktisch-moralischen Identität von seiten der Subjekte gehören. Ohne respektvolle Muster des kommunikativen Umgangs mit fremden Lebensformen, ohne ein gewisses Maß an Identifikation mit den demokratischen Prinzipien der eigenen Verfassung und ohne einen moralischen Sinn für die Rechte und Pflichten der an die Staatsbürgerschaft geknüpften Rolle fehlen den Subjekten die Fähigkeiten und Eigenschaften, die zusammengenommen die soziokulturellen Voraussetzungen bilden, aus denen demokratische Gesellschaften ihre Lebensenergie beziehen. Nicht zufällig freilich wächst innerhalb der sozialwissenschaftlichen Forschung diese Einsicht in einer Zeit, in der durch wachsende Tendenzen einer kulturellen Pluralisierung nicht nur die Herausforderungen an die praktische Identität der Subjekte zunehmen, sondern sich zugleich auch bislang unbekannte Formen einer Desintegration der soziokulturellen Binnenmoral demokratischer Gesellschaften abzeichnen. Um diesen paradoxen Zusammenhang von wachsenden Identitätsanforderungen und geschwächter Sozialmoral näher untersuchen zu können, soll in diesem Forschungsschwerpunkt zunächst ein anerkennungstheoretisches Modell erarbeitet werden, das es erlaubt, die interne Verknüpfung von Sozialmoral und praktischer Identität angemessen zu konzipieren.

Dabei soll von der Überlegung ausgegangen werden, daß die Subjekte eine stabile Form der praktisch-moralischen Identität überhaupt nur entwickeln können, wenn sie sich in ihrer physischen Integrität, ihrer Zurechnungsfähigkeit und ihren Fähigkeiten schrittweise als anerkannt erfahren. Es bedarf der emotionalen Zuwendung in Primärbeziehungen, der rechtlichen Respektierung als zurechnungsfähiges Gesellschaftsmitglied und schließlich der sozialen Wertschätzung von individuellen Leistungen, um sich selber als eine Person begreifen zu können, die als anerkanntes Mitglied einer Gesellschaft bestimmte Rechte und Pflichten besitzt. Damit ist zunächst allerdings nur klargemacht, inwiefern die praktische Identitätsbildung mit den

sozialen Strukturen der Lebenswelt intern verknüpft ist. Es sind die abstrakten Muster der wechselseitigen Anerkennung, also das, was die Kommunikationsmuster einer Gesellschaft im Hinblick auf Primärbeziehungen, Rechtsbeziehungen und Solidaritätsformen bestimmt, die die Chancen festlegen, mit denen die Subjekte stabile Muster der praktisch-moralischen Identität erwerben. Noch wenig ist in der Forschung freilich bekannt, von welcher Art genau die Anerkennungsmuster sein müssen, die die Entwicklung der genannten demokratischen Fähigkeiten erlauben. Hier schwanken die Einschätzungen insofern schon erheblich, als Uneinigkeit über das Gewicht der einzelnen Interaktionserfahrungen im Hinblick auf die Ausbildung demokratischer Persönlichkeitsmuster besteht. Wieweit bedarf es eines gewissen Maßes an persönlichem Selbstvertrauen, wie es nur in Primärbeziehungen zu erwerben ist, um sich als aktives Mitglied einer demokratischen Gesellschaft begreifen zu können? Und wieweit bedarf es des Gefühls, in bestimmten Leistungen die verdiente Anerkennung zu erhalten, um auch die Pflichten der Staatsbürgerrolle wahrnehmen zu können? Fragen dieser Art sollen zum einen durch Forschungen im grundlagentheoretischen Bereich geklärt werden. Antworten erwarten wir uns vor allem durch empirische Untersuchungen, die der Dynamik der soziokulturellen Desintegration und den verschiedenen Konflikten und Kämpfen um die Rückgewinnung von sozialer Anerkennung nachgehen.

Die Frage, wie es um das Anerkennungsgefüge einer bestimmten Gesellschaft bestellt ist, läßt sich nur durch Untersuchungen beantworten, die sich mit dem empirischen Zustand beschäftigen, in dem sich die institutionellen Verkörperungen der drei Anerkennungsmuster jeweils befinden. Für unsere Gesellschaft würde das also Studien verlangen zu Sozialisationspraktiken, Familienformen und Freundschaftsverhältnissen einerseits, zweitens zum Inhalt und zur praktischen Anwendung des positivierten Rechts und schließlich zu den faktischen Mustern der sozialen Wertschätzung. Es liegt nun nahe, für die hochentwickelten Gesellschaften vor allem im Bereich der Intimbeziehungen und in bezug auf die soziale Wertschätzung erhebliche Defizite anzunehmen, die sich in der Abnahme persönlicher Handlungsfähigkeit und in der Steigerung von diffusen Wünschen nach Anerkennung niederschlagen. Die soziokulturellen Tendenzen,

die eine solche Auflösung traditioneller Anerkennungsformen markieren, lassen sich in wenigen Stichworten zusammenfassen:

- Auflösung von traditionellen Mustern der Organisation von Kindheit (Abschottung gegenüber Leistungsansprüchen, stabile Rollenverteilung von Vater und Mutter), Funktionalisierung von Fürsorgeleistungen;
- Strukturwandel der Familie (Pluralisierung von Familienformen);
- Rapide Entwertung traditioneller, industriekapitalistisch definierter Leistungsprofile;
- Beschleunigter Wandel der Qualifikationsanforderungen;
- Anwachsen der Gruppe dauerhaft Arbeitsloser.

Mit diesen soziokulturellen Tendenzen wachsen für die Subjekte heute die Schwierigkeiten, auf den traditionellen Wegen der Familienbindung und der Berufsidentität das nötige Maß an Selbstvertrauen und Selbstwertgefühlen zu erwerben. Politisch mehrten sich daher beispielsweise gerade im rechtsradikalen Spektrum die Anzeichen, daß ein grundlegendes Bedürfnis nach Anerkennung mit den traditionellen Mustern nicht mehr befriedigt werden kann und zur Generierung neuer und Reaktivierung überkommener Formen einer wie auch immer gearteten »Anerkennung« führt.

In diesem Zusammenhang ist also an empirische Projekte gedacht, die der Dynamik der soziokulturellen Desintegration vor allem an den Auflösungs- und Umgestaltungsprozessen von Intimbeziehungen nachgehen, aber auch an den Transformationen und Zersetzungen der traditionell-kapitalistischen Industriekultur.

Nun zeichnen sich in der kommunikativen Lebenswelt demokratischer Gesellschaften heute nicht nur Tendenzen einer soziokulturellen Desintegration ab. Vielmehr haben wir es auch mit einer Vielzahl von Konflikten, Praktiken und Kämpfen zu tun, in denen kompensatorisch traditionale Formen der Anerkennung wiederhergestellt oder neue Muster der Anerkennung geschaffen werden. Auch bei der Untersuchung solcher neuen Konfliktformen wollen wir uns wieder an der Dreiteilung orientieren, die dem Forschungsschwerpunkt im ganzen zugrunde liegt. Einerseits sind dabei von Interesse jene aktiven Versuche, die durch den Strukturwandel der Kleinfamilie ausgelösten Verluste an stabilitätsverbürgenden Intimbeziehungen entweder durch neue Familienformen zu kompensieren oder durch Umverlagerung auf Freundschaftsbeziehungen zu ergänzen. Im gan-

zen lassen sich diese Vorgänge als soziokulturelle Prozesse deuten, in denen innovativ neue Formen der Primärbeziehungen erprobt werden, mit denen nicht gelingende Erfahrungen emotionaler Zuwendung kompensiert werden.

Neben neuentstandenen Konflikten um die Frage, inwiefern die kulturellen Eigenarten von Minderheiten in demokratischen Gesellschaften rechtlich Anerkennung finden sollen, ist ein anderer Bereich von besonderem Interesse, wenn es heute um Konflikte und Praktiken der Rückgewinnung sozialer Anerkennung geht. Durch die wachsende Arbeitslosigkeit und den technisch bedingten Strukturwandel des Industriebereichs sind die traditionellen Muster der sozialen Wertschätzung von Leistungen stärker denn je erschüttert. Auf diese Verlusterfahrung reagieren die Subjekte heute mit vielfältigen Praktiken der Rückgewinnung von Gegenkulturen oder Ersatzformen der Wertschätzung. Hier reicht das Spektrum solcher Konflikte von der wachsenden Bereitschaft zur Teilnahme an Selbsthilfegruppen über eine Vervielfältigung von minoritären Wertemilieus bis hin zur artifiziellen Erzeugung traditioneller Gemeinschaftsgruppen. Uns interessieren diese unterschiedlichen Praktiken, weil sie Auskunft geben können über die soziokulturellen Voraussetzungen einer demokratischen Kultur.

### *Die zivile Gesellschaft*

Die Karriere des Konzepts der zivilen Gesellschaft nicht nur in Mitteleuropa und in den westlichen Demokratien, sondern auch in vielen Gesellschaften Lateinamerikas, Afrikas und Südasiens verdankt sich weniger seiner analytischen Schärfe als vielmehr der intuitiven Treffsicherheit, mit der es einen unübersichtlichen Problemzusammenhang in eine theoretisch und empirisch noch aufzuschließende Formel bannt. Die produktive Vagheit des Konzepts ergibt sich daraus, daß es weder ein rein kontrafaktisches *normatives* Schema bezeichnet noch eine bloße *institutionelle* Realität, sondern deren jeweiliges, in gegebenen historischen Konfliktsituationen sich immer wieder neu herstellendes Reflexionsverhältnis. Zur normativen Seite hin steht der Begriff für die nie vollständig abschließbare politische Transzendenz einer Gesellschaft, ihren historisch offenen Horizont,

in dessen Licht der Legitimitätsanspruch gerade herrschender Gruppen, Themen und Problematisierungsmuster immer wieder neu bestritten werden kann. Zur institutionell-empirischen Seite hin ist das Konzept bezogen auf die politischen Arenen, die im Zuge immer wieder neu erkämpfter kommunikativer Bürgerrechte und autonomer Öffentlichkeiten den Handlungsraum von sozialen Bewegungen und Assoziationen abgeben. Aus einer solchen Definition erhellt, daß es eine real existierende Zivilgesellschaft niemals geben kann. Das Konzept der zivilen Gesellschaft ist eben nicht – wie manche seiner marxistischen Gegner und viele seiner liberalen Freunde meinen – schlicht identisch mit dem institutionellen Arsenal der liberalen Demokratie. Deckungsgleich ist es lediglich mit jenen normativen Verfassungsprinzipien, mit denen sichergestellt werden soll, daß die Macht, die eine Gesellschaft im Namen des Staates auf sich ausübt, immer nur *repräsentiert*, aber nie monopolhaft *angeeignet* werden kann.

In der avancierten Sozialtheorie und politischen Theorie hat sich die Ansicht durchgesetzt, daß nicht substantielle Traditionen oder ein von Eliten kontrolliertes Wertereservoir moderne Gesellschaften normativ zusammenhalten, sondern das fragile soziale Kapital, das sich in der Folge gelöster oder besser: erfolgreich gehegter Konflikte gebildet hat. Der Begriff der zivilen Gesellschaft fungiert in solchen Theorien als Inbegriff der Praktiken, welche das Hegemonisieren von Konflikten möglich machen. Die Prämisse solcher Theorien ist, daß im permanenten öffentlichen Streit sich eine indirekte Bekräftigung und zugleich auch Erweiterung des Fonds an normativen Gemeinsamkeiten vollzieht. Bei einer kritischen Prüfung dieser Hypothese stellt sich freilich heraus, daß nicht nachtraditionale Gesellschaften an sich, sondern liberal-demokratisch organisierte Marktgesellschaften unter Bedingungen relativer Prosperität jene Typen von Konflikten produzieren, deren Austragen dann potentiell integrierende Wirkungen haben können. Die Besonderheit dieser Konflikte bezeichnet Albert Hirschman mit dem Begriff der Teilbarkeit. Diese den Verteilungskämpfen in den traditionellen Wohlfahrtsstaaten eignende Teilbarkeit unterscheidet er von der Unteilbarkeit ethnischer und religiöser Konflikte. Die Unterscheidung von teilbaren und unteilbaren Konflikten entspricht der klassischen sozialtheoretischen Unterscheidung von Verteilungskonflikten und Anerkennungskonflikten. Solche